

# Die Entwicklung der Lohnunterschiede in Österreich

## Einleitung

Diese Arbeit untersucht, ob sich die Lohn- und Gehaltsstruktur in den letzten Jahrzehnten nivelliert oder differenziert hat und welche Arbeitnehmergruppen ihre relative Einkommensposition verbessert bzw. verschlechtert haben. Bisherige Untersuchungen der Lohnstruktur blieben meist auf die Industrie beschränkt, weil hier das beste und detaillierteste Datenmaterial verfügbar ist<sup>1)</sup>. Da die Industrie aber nur ein Viertel der Beschäftigten umfaßt und in der Inflationsanalyse gerade die Überwälzung vom offenen auf den geschützten Sektor interessant ist, wird hier versucht, die Lohnstruktur der Gesamtwirtschaft zu erfassen. Die Entwicklung der relativen Löhne ist vor allem vom Gesichtspunkt der Verteilung und der Inflation von Bedeutung. Sie ist ein wichtiger Orientierungspunkt für die Einkommenspolitik und steckt deren Möglichkeiten ab. Die strukturelle Betrachtung ist gleichfalls für jede Lohn- und Inflationsanalyse wichtig, zumal viele Ökonomen die Inflation vorwiegend als Ergebnis des Verteilungskampfes ansehen<sup>2)</sup>.

## Statistische Grundlagen

Die statistische Basis für die Erfassung der effektiven Lohn- und Gehaltsstruktur ist trotz Verbesserung im letzten Jahrzehnt noch immer ziemlich schwach. Die wichtigsten Informationsquellen sind die Lohnsteuerstatistik, die Lohnstufenstatistik sowie die Industrie-, Gewerbe- und Baustatistik.

Die Lohnstufenstatistik der Sozialversicherung umfaßt rund 90% der Beschäftigten. Sie wird zweimal jährlich erhoben und erfaßt die Einkommen der Beschäftigten bis zur Höchstbeitragsgrundlage. Lehrlinge, Teilzeitbeschäftigte und mehrfache Beschäftigungsverhältnisse können nicht ausgeklammert werden, Sonderzahlungen sind praktisch nicht enthalten (da Ende Juli und Ende Jänner die Stichtage der Erhebung sind).

Die Lohnsteuerstatistik erfaßt rund 80% der Beschäftigten, vor allem die unteren Einkommensschichten sind unterrepräsentiert, weil sie die Lohnsteuerkarten nicht restlos abliefern. Es werden die Jahreseinkommen der Beschäftigten (d. h. einschließlich Sonder-

zahlungen) erfaßt, unterjährig Beschäftigte und Lehrlinge werden gesondert ausgewiesen, die Einkommen aus mehrfacher Beschäftigung werden der Person zugerechnet. Die Lohnsteuerstatistik, die zum Teil im Stichprobenverfahren aufgearbeitet wird (12-Prozent-Stichprobe), wird nur alle drei Jahre erstellt und erscheint wegen des großen Erhebungsumfangs mit beträchtlicher Verzögerung. Vor wenigen Monaten wurde die Lohnsteuerstatistik 1973 veröffentlicht.

Beide Statistiken sind nach Männern und Frauen, Arbeitern und Angestellten gegliedert. Branchendaten gibt es nur in der Lohnsteuerstatistik und in der Lohnstufenstatistik für Wien sowie in den Betriebszensen und in der Industrie-, Gewerbe- und Baustatistik. Nach Qualifikation ist nur die Industriestatistik aufgliedert.

## Historischer Überblick

Die Ergebnisse älterer Studien<sup>3)</sup> über die Entwicklung der Lohnstruktur in Österreich lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Für die Zeit zwischen 1930 und 1950 war die Verringerung der relativen Lohnunterschiede charakteristisch. Die Ungleichheit in der Schichtung der Einkommen der Unselbständigen wurde geringer, die Frauenlöhne stiegen weit stärker als die Männerlöhne, die Arbeiterlöhne rascher als die Angestelltengehälter, und die Einkommen der Hilfsarbeiter rückten näher an jene der Facharbeiter heran. Den Trend zur Nivellierung gab es zu dieser Zeit auch in den meisten anderen Industrieländern<sup>4)</sup>. Er erklärt sich in erster Linie aus dem allgemeinen Mangel an Arbeitskräften im Krieg sowie aus einer nivellierenden Gewerkschaftspolitik, die in Inflationszeiten die Erhaltung des Lebensunterhaltes über das Leistungsprinzip stellte.

Dieser Trend zur Nivellierung blieb aber nicht bloß auf die Zwischenkriegs- und Kriegszeit beschränkt. Auch nach 1945 war per Saldo eine deutliche Nivellierungstendenz feststellbar: Die Facharbeiterlöhne stiegen zwischen 1945 und 1957 auf das Sechseinhalbfache,

<sup>1)</sup> Siehe *W. Pollan*: Wage Flexibility and Rigidity in the Austrian Manufacturing Sector, *Empirica* 2/77, sowie *J. Steindl*: Lohndrift und Tarifpolitik in den Industriebranchen 1966 bis 1976. Monatsberichte 11/1977.

<sup>2)</sup> *E. Streissler*: Die schleichende Inflation als Phänomen der politischen Ökonomie. Basler Wirtschaftswissenschaftliche Vorträge Zürich 1973.

<sup>3)</sup> Siehe: „Die langfristige Entwicklung von Löhnen und Gehältern in Wien“, Schriftenreihe der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte, 1963, sowie „Lohneinkommen und Lohnstruktur in Österreich“, Monatsberichte 7/1958, Beilage 52.

<sup>4)</sup> Siehe z. B. *Ph. Brown*: The Inequality of Pay, Oxford 1977 oder *L. G. Reynolds - C. H. Taft*: The Evolution of Wage Structure, New Haven 1956.

die Frauenlöhne auf das Siebeneinviertelfache und die Hilfsarbeiterlöhne auf das Achteinhalbfache<sup>5)</sup>.

In den fünfziger Jahren — mit dem Ende der Lohn-Preis-Abkommen — bildete sich allerdings die Nivellierung der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft teilweise wieder zurück. Vor allem in der Hochkonjunktur der Jahre 1953 bis 1957 nahm die Ungleichheit der Arbeitseinkommen zu. Langfristig blieb jedoch ein starker Zug zur Nivellierung. Der Median (jener Mittelwert, der von der Hälfte der Beschäftigten über- bzw. unterschritten wird) der realen Frauenlöhne stieg zwischen 1926 und 1960 um 61%, jener der Männerlöhne um 26%. Ebenso näherten sich die Hilfsarbeiter- den Facharbeiterlöhnen. Das Niveau der realen Hilfsarbeiterlöhne erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 42% (Median), jenes der Facharbeiter um 29%<sup>6)</sup>.

Wie sich im Laufe dieser Studie zeigen wird, deuten die verschiedenen Erhebungen auf eine weitere milde Verringerung der Lohnunterschiede nach Geschlecht, sozialer Stellung und Qualifikationen in den letzten zwei Jahrzehnten hin.

### Die Schichtung der Beschäftigungseinkommen

Die Schichtung der Einkommen nach Lohn- und Gehaltsstufen wird durch zwei Faktoren bestimmt: Durch die Lohnrelation zwischen bestimmten (Berufs-)Gruppen und durch die Stärke der Besetzung dieser Gruppen. Die Veränderung der verschiedenen Schichtungsmaße im Zeitverlauf berücksichtigt daher nicht nur die Verschiebung der Lohnrelationen zwischen bestimmten sozialen Gruppen, sondern auch die Änderung der Besetzung einer Arbeitsbevölkerung mit Fach- und Hilfskräften, wie sie etwa durch Mobilität und steigende Bildung der Arbeitskräfte bewirkt wird. Diese Informationen gehen bei der Betrachtung der Durchschnittslöhne nach Branchen und sozialen Kategorien weitgehend verloren.

Diese Besonderheit der Schichtungsanalyse bringt gleichzeitig Interpretationsprobleme. Es muß nämlich immer im Auge behalten werden, ob die Verschiebungen im Zeitverlauf durch die Lohnrelationen oder durch die Besetzung bewirkt wurden. Für die Interpretation einer geringeren Streuung der Einkommen ist es ausschlaggebend, ob sie auf die Annäherung der Hilfs- an die Fachkräftelöhne oder auf die Kündigung von Hilfsarbeitern zurückgeht. Ebenso wichtig ist es, zu wissen, ob eine zunehmende Streuung der Leistungseinkommen durch größere Lohndifferentiale oder durch die Eingliederung von Arbeitslosen oder Gastarbeitern in die unteren Lohnkategorien bewirkt wurde. Da bei der Schichtungsanalyse die individuel-

<sup>5)</sup> Lohneinkommen und Lohnstruktur in Österreich a a O., S. 20.

<sup>6)</sup> Die Daten stammen aus der oben zitierten Studie der Arbeiterkammer

len Arbeitseinkommen betrachtet werden, führt die Einstellung arbeitsloser Hilfsarbeiter oder Hausfrauen (in Teilzeit) zu größerer Ungleichheit der Verteilung. Könnte man — was vom Verteilungsstandpunkt vorzuziehen wäre — die Entwicklung der Haushaltseinkommen statistisch verfolgen, wäre das Resultat umgekehrt.

Wir betrachten zunächst die Schichtung der Beschäftigungseinkommen nach der Lohnstufenstatistik. Als einfaches Maß der Streuung verwenden wir den Viertelwertabstand, gemessen am Median<sup>7)</sup>. Je größer der (relativierte) Abstand zwischen oberem und unterem Viertelwert ist, um so größer ist auch die Ungleichheit der Verteilung. Verfeinerte Streuungsmaße, wie z. B. der Variationskoeffizient, können nicht berechnet werden, weil in der Lohnstufenstatistik die Löhne über der Höchstbeitragsgrundlage nicht aufgliedert sind und deshalb eine Berechnung der Standardabweichung und des arithmetischen Mittels unmöglich ist. Ähnliches gilt für die Berechnung des Gini-Koeffizienten und des Dezilabstandes. Die Entwicklung des Viertelwertabstandes im Zeitverlauf ergibt folgendes Bild: Im Laufe der sechziger Jahre kam es zu einer Nivellierung der Einkommen, die aber verglichen mit den Verschiebungen in den vorangehenden Jahrzehnten relativ gering blieb. Der relative Viertelwertabstand nahm zwischen 1960 und 1966 von 68 auf 65 und 1967/68 auf 62 ab — zuletzt allerdings vorwiegend durch den Ausfall eines Lehrlingsjahrganges<sup>8)</sup> (9. Schuljahr) und die Kündigung unqualifizierter Hilfskräfte.

In den sechziger Jahren begann die Arbeitskräfteknappheit. Als die Reserven an Arbeitslosen und Landarbeitern weitgehend aufgebraucht waren, wurde die Knappheit an Arbeitskräften in den unteren Lohngruppen spürbar, und die Löhne mußten hier stärker angehoben werden. Frühere Berechnungen haben gezeigt, daß diese Entwicklung nicht nur durch eine nivellierende Gewerkschaftspolitik, sondern auch durch eine höhere Lohndrift für Hilfsarbeiter und Niedriglohnbranchen bewirkt wurde<sup>9)</sup>.

Seit dem Ende der sechziger Jahre hat sich die Lage grundlegend geändert. Der Viertelwertabstand hat bis 1976 auf 69 zugenommen, die Nivellierung der sechziger Jahre wurde wieder rückgängig gemacht. Dieser

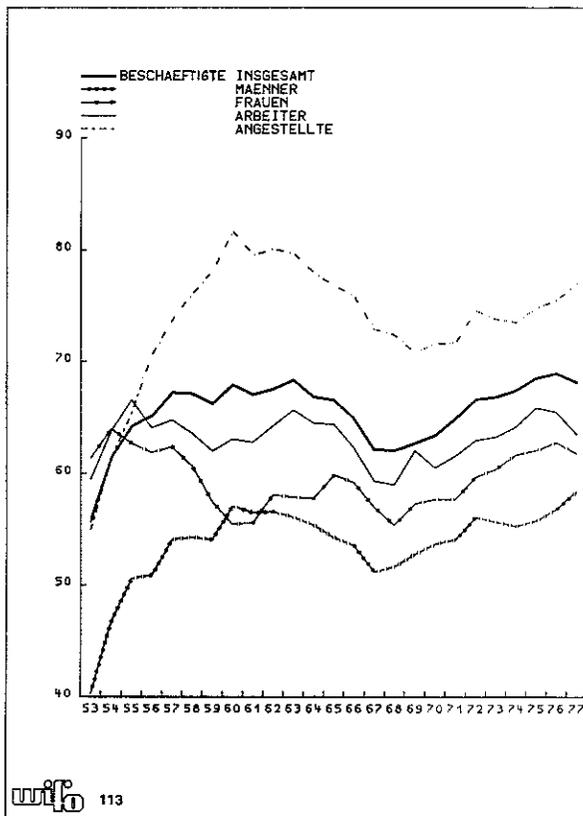
<sup>7)</sup>  $\frac{\text{Oberer Viertelwert} - \text{Unterer Viertelwert}}{\text{Median}}$

25% der Beschäftigten verdienen mehr als den oberen Viertelwert. 50% mehr als den Medianwert und 75% mehr als den unteren Viertelwert.

<sup>8)</sup> Einen ähnlichen, umgekehrten Effekt hatte die Erhöhung der Lehrlingszahl zwischen 1953 und 1957 und in den siebziger Jahren (jeweils + 50 000).

<sup>9)</sup> H. Suppanz: Die Lohndrift in Österreich, Monatsberichte 7/1972 S. 302

Abbildung 1  
**Streuung der Beschäftigteneinkommen<sup>1)</sup>**  
 (Viertelwertabstand)



Die Streuung nach Geschlecht und sozialer Stellung wird durch Teilzeitbeschäftigung, Lehrlinge, Gastarbeiter und Überstellung von Arbeitern ins Angestelltenverhältnis entscheidend beeinflusst.

<sup>1)</sup> Eigene Berechnungen auf Grund der Lohnstufenstatistik der Sozialversicherung.

Umschwung von einer Nivellierung zu einer Differenzierung der Beschäftigteneinkommen bedarf einer näheren Interpretation. Denn er steht im Gegensatz zur üblichen Lohnentwicklung in der Hochkonjunktur. Erfahrungsgemäß verringern sich im Wirtschaftsaufschwung die Lohnunterschiede<sup>10)</sup>.

*Beschäftigungsausweitung in unteren Lohnkategorien bewirkt zunehmende Streuung der Arbeitseinkommen*

Die „unübliche“ Differenzierung der Beschäftigteneinkommen im Aufschwung der frühen siebziger Jahre kann in erster Linie auf die Eingliederung zusätzlicher Beschäftigter in die unteren Lohnkategorien zurückgeführt werden. Der Hauptgrund war die Liberalisierung der Ausländerbeschäftigung. Bis Ende der sech-

ziger Jahre hatten die Gewerkschaften die Ausländerbeschäftigung streng kontingentiert. Die freiere Handhabung der Beschäftigungsgenehmigung führte zu einem kräftigen Zustrom von Gastarbeitern, der das Angebot an unqualifizierten Kräften stark erhöhte und damit die Knappheitsverhältnisse verschob. Das Institut hat bereits mehrfach auf diese Tatsache hingewiesen<sup>11)</sup>.

Ein weiterer Grund für die Differenzierung der Beschäftigteneinkommen war der starke Zugang an Lehrlingen und Teilzeitbeschäftigten. Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen nahm nach Mikrozensusergebnissen zwischen 1970 und 1977 um rund 60 000 (eher eine Untergrenze), die der Lehrlinge um rund 50.000 zu. Es wäre ein Irrtum, diese Differenzierung als markt- oder leistungsbedingtes Auseinanderschieren der Verdienste im Wachstumsprozeß zu interpretieren. Denn über die Verdienste der erwachsenen inländischen Vollzeitbeschäftigten, über die man sich letztlich Aussagen erhofft, ist damit noch nichts gesagt. Wenn man aber von Entnivellierung spricht, meint man im allgemeinen, daß die Einkommen der Gutverdienenden stärker als jene der Schlechterverdienenden gestiegen sind. Das kommt aber in der Streuung nicht zum Ausdruck.

Man kann nun ganz grob versuchen, die zusätzlichen Lehrlinge, Teilzeitbeschäftigten und Gastarbeiter zu eliminieren<sup>12)</sup>, indem man annimmt, daß sie alle in das untere Viertel der Einkommenspyramide fallen<sup>13)</sup>. Unter dieser Annahme kann die gesamte Entnivellierung der siebziger Jahre mit der zusätzlichen Beschäftigung in unteren Lohngruppen erklärt werden. Der „bereinigte“ Viertelwertabstand verringert sich zwischen 1968 und 1977 sogar etwas. (Für Männer und Angestellte bleibt er annähernd gleich, für Frauen und Arbeiter nimmt er etwas ab.)

Eine zweite Möglichkeit, den Einfluß von Gastarbeitern und Teilzeitbeschäftigung auszuschalten, besteht darin, ausschließlich die männlichen Angestellten zu betrachten, die von diesen beiden Einflußfaktoren praktisch unberührt blieben. Die Schichtung der Gehälter männlicher Angestellter hat sich im Zeitraum 1968 bis 1977 nicht verändert. Alle errechenbaren Dezilwerte stiegen (mit minimalen Abweichungen) um den gleichen Prozentsatz. Wenn man keine Sonderentwicklung der männlichen Angestellten unterstellt,

<sup>11)</sup> F. Butschek — E. Walterskirchen. Aspekte der Ausländerbeschäftigung, Monatsberichte 4/1974 sowie W. Pollan a. a. O.

<sup>12)</sup> Die Teilzeitbeschäftigten und die Lehrlinge sollten vom theoretischen Konzept her auf jeden Fall ausgeschaltet werden, die Gastarbeiter je nach Fragestellung.

<sup>13)</sup> Diese Annahme ist für die Gastarbeiter nicht ganz realistisch, aber andererseits wird der übrige Beschäftigungszuwachs an Hausfrauen und Schulabgängern vernachlässigt, die sich ebenfalls überwiegend in untere Lohngruppen einreihen.

<sup>10)</sup> Siehe z. B. M. L. Wachter. Cyclical Variation in the Interindustry Wage Structure, American Economic Review, March 1970 sowie W. Pollan a. a. O. und L. G. Reynolds — C. H. Taft a. a. O.

dann bestätigt auch dieser Indikator, daß die Differenzierung nach Lohnstufen im wesentlichen auf Beschäftigungseffekten (nicht auf Lohndifferenzialen) beruht.

Eine dritte Möglichkeit, die Beschäftigungseffekte am unteren Rand der Verteilung auszuschalten, bildet die Berechnung des häufigsten Wertes (Modus). Er gibt die am häufigsten besetzte Lohnstufe an und wird damit von den Extremen nicht beeinflußt. Teilzeit-, Lehrlings- und weitgehend auch Gastarbeiterbeschäftigung sind für den häufigsten Wert irrelevant. Wie aus Übersicht 3, S. 15, hervorgeht, weist der häufigste Wert in den letzten zehn Jahren auf eine leichte Tendenz zur Nivellierung hin: Frauen und Arbeiter konnten ihre Einkommensposition gegenüber Männern und Angestellten etwas verbessern.

*Entwicklung der höheren Einkommen*

Während die Lohnstufenstatistik die Frage nach der Entwicklung der höheren Einkommen unbeantwortet läßt, gibt die Lohnsteuerstatistik bis 1973 diesbezüglich Auskunft. Auch hier zeigt sich zwischen 1964 und 1973 eine Tendenz zu größerer Ungleichheit der Einkommen, die sich vor allem auf die Periode 1970 bis 1973 konzentrierte. Die untere Dezilgrenze stieg zwischen 1964 und 1973 um 9,0% p. a., der Median um 9,7% p. a. und die obere Dezilgrenze um 10,7% p. a. Abgesehen von den Beschäftigungseffekten am unteren Rand der Verteilung hängen die besonders raschen Steigerungen der oberen Dezile mit der stärkeren Besetzung der oberen Verwendungsgruppen (zunehmende Bildung) zusammen, was auch aus der Statistik für Industrieangestellte deutlich hervorgeht<sup>14)</sup>. Eine stärkere Anhebung der Löhne in den oberen Kategorien ließe sich theoretisch auch daraus erklären, daß die Arbeitszeitverkürzung für höhere Angestellte weitgehend unwirksam bleibt und einen Lohnausgleich rechtfertigt. Bei den Industrieangestellten zeigte sich allerdings keine solche Entnivellierung — wie wir später sehen werden. Im Gegenteil, die Gehälter stiegen in den oberen Verwendungsgruppen deutlich schwächer.

Wie die Übersicht zeigt, stiegen die Verdienste an der obersten Spitze der Einkommenspyramide — um das oberste Perzentil — deutlich unterdurchschnittlich. Es läßt sich statistisch nicht klären, ob es sich dabei um echte Nivellierung handelt oder ob die Spitzenverdienste wegen des hohen Grenzsteuersatzes zunehmend von Brutto-Gehältern auf Nebenleistungen (Betriebspensionen, Firmenwagen mit Chauffeur, Dienst-

**Schichtung der Einkommen der Unselbständigen**

Beschäftigte <sup>1)</sup>	1964	1973	1964/73
	Jahresbezüge	brutto in S	Steigerung in %
Unter 10%	21 179	46 150	117,9
Unter 20%	26 699	60 236	125,6
Unter 30%	30 978	70 366	127,2
Unter 40%	34 864	79 616	128,4
Unter 50%	38 784	88 968	129,4
Unter 60%	42 954	99 050	130,6
Unter 70%	47 810	112 119	134,5
Unter 80%	54 310	130 193	139,7
Unter 90%	67 276	164 443	144,4
Unter 95%	83 883	199 364	137,7
Unter 99%	145 436	329 649	126,7

Q: Lohnsteuerstatistiken 1964 und 1973 Österreichisches Statistisches Zentralamt  
 — <sup>1)</sup> Mit ganzjährigen Bezügen ohne Lehrlinge

wohnung usw.) ausweichen. Das oberste Prozent zahlte (1973) trotz eines Grenzsteuersatzes von 62% infolge der Aushöhlung des Steuertarifs nur 30% bis 36% Steuern vom Brutto-Einkommen.

Die Übersicht vermittelt auch ein Bild vom Ausmaß der Ungleichheit der Einkommen der Unselbständigen: Der oberste Perzentilwert (1% verdient mehr) war 1973 doppelt so hoch wie der obere Dezilwert (10% verdienen mehr), der obere Dezilwert war fast doppelt so hoch wie der Median (50% verdienen mehr), und der Median war fast doppelt so hoch wie der untere Dezilwert. Anders ausgedrückt: Die Verdienste an der obersten Perzentilgrenze waren rund siebenmal, an der oberen Dezilgrenze dreieinhalbmal so hoch wie an der unteren Dezilgrenze (darunter vorwiegend Teilzeitbeschäftigte).

Die Schichtung der Arbeitseinkommen nach Geschlecht und sozialer Stellung (mit Hilfe von Dezilen) wurde kürzlich an anderer Stelle detailliert dargestellt<sup>15)</sup>. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit interessiert uns jedoch weniger die Schichtung der Einkommen der Unselbständigen als viel mehr die Lohnstruktur, d. h. die Entwicklung der Durchschnittseinkommen nach sozialen Gruppen, Qualifikationen und Branchen — ohne Berücksichtigung der Besetzung der einzelnen Kategorien. (Zwar wirken sich die direkten Einflüsse von Gastarbeitern und Teilzeitbeschäftigten über Struktureffekte auch auf die Einkommensdifferenziale aus, doch nicht in so starkem Maße wie auf die Schichtung.)

Vor der Untersuchung der Lohnstruktur wird noch geprüft, ob sich die Netto-Verdienste in den einzelnen Einkommensklassen anders als die hier verwendeten

<sup>14)</sup> Ferner dürfte in der Lohnsteuerstatistik durch den starken Rückgang der untererfaßten Niedriglohngruppen (Landarbeiter Hauspersonal usw.) ein statistischer Effekt in Richtung Entnivellierung entstehen.

<sup>15)</sup> G. Chaloupek. Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit in Österreich 1953 bis 1975, verfaßt als Beitrag zum Projekt „Einkommensverteilung in Österreich“ des Institutes für höhere Studien. Eine gekürzte und geänderte Version dieser Studie erschien in *Wirtschaft und Gesellschaft* 1/1977 und 2/1978

Abbildung 2

Brutto-Verdienste entwickelten. Aus der Lohnsteuerstatistik geht hervor, daß die Brutto- und Netto-Verdienste nach Dezilen zwischen 1964 und 1973 nahezu völlig parallel stiegen. Die Verwendung von Netto-Verdiensten würde somit für die Entwicklung der Lohnstruktur keine anderen Ergebnisse bringen.

**Lohnunterschiede nach Strukturmerkmalen**

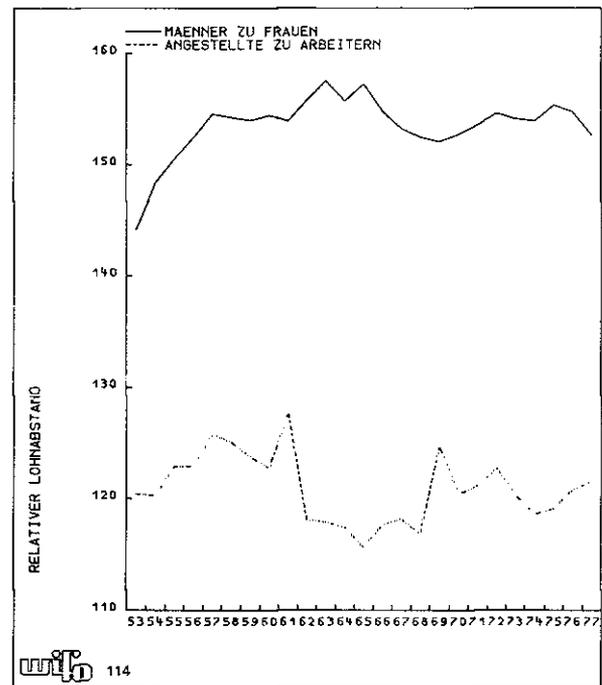
Die Löhne werden im folgenden nach Unterschieden zwischen Männern und Frauen, Arbeitern und Angestellten, Qualifikationsgruppen sowie Branchen im Zeitverlauf untersucht.

**Männer und Frauen**

Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen entwickelten sich im wesentlichen parallel zu den allgemeinen Nivellierungs- und Differenzierungstendenzen, wie sie aus der Streuung der Arbeitseinkommen hervorgehen. Langfristig besteht eine Tendenz zur Annäherung von Männer- und Frauenverdiensten. Sie war in der Kriegs- und Nachkriegszeit besonders stark ausgeprägt und wurde dann in den fünfziger Jahren wieder teilweise rückgängig gemacht. Seither haben sich die Lohnverschiebungen stark abgeschwächt. In der gesamten Periode 1960 bis 1977 fand eine leichte Nivellierung statt, die durch die Zunahme der teilzeitbeschäftigten Frauen teilweise verdeckt wurde. Das Medianeinkommen der Frauen (Lohnstufenstatistik) stieg vor allem in den sechziger Jahren deutlich rascher; auch nach der Lohnsteuerstatistik erhöhten sich die Durchschnittseinkommen der Frauen zwischen 1964 und 1970 um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr stärker als jene der Männer. In den siebziger Jahren weisen die Statistiken wieder eine größere Differenzierung von Männer- und Frauenverdiensten aus, die aber mit der zunehmenden Teilzeitbeschäftigung von Frauen erklärt werden kann. Nimmt man an, daß die zusätzlichen Teilzeitbeschäftigten (1970 bis 1973 + 29 000) das halbe Einkommen haben, und schaltet sie aus, dann hat sich die langsame Annäherung der Frauen- an die Männerlöhne auch in den siebziger Jahren fortgesetzt. Die Verdienste der vollbeschäftigten Frauen stiegen unter dieser Annahme 1970 bis 1973 um 0,4 Prozentpunkte pro Jahr rascher als die der Männer. Eine stärkere Nivellierung dürfte durch den Zustrom an Gastarbeitern verhindert worden sein, die den Frauen in gewissen Bereichen Konkurrenz gemacht und den relativen Lohn gedrückt haben.

In den letzten Jahren weisen die Medianeinkommenssteigerungen — bei konstanter Teilzeitbeschäftigung — auf eine weitere leichte Nivellierung von Männer- und Frauenverdiensten hin.

**Mittlere Einkommen (Mediane)**



Besonders deutlich zeigt sich im häufigsten Wert (Modus) das Nachziehen der Frauen, weil er die unteren Extreme (Teilzeitbeschäftigung) vernachlässigt und die Änderungen der zentralen Qualifikation mitberücksichtigt. Der häufigste Wert stieg für die Arbeiterinnen zwischen 1960 und 1977 um 0,6 Prozentpunkte pro Jahr rascher als für Arbeiter, für weibliche Angestellte sogar um 1,7 Prozentpunkte rascher als für ihre männlichen Kollegen (siehe Übersicht 3, S. 15). Bemerkenswert ist, daß der häufigste Einkommenswert für weibliche Angestellte nur rund 10% über dem für Arbeiterinnen liegt (bei den Männern beträgt der Abstand 25% bis 30%). Die typische Angestellte verdient also kaum mehr als die typische Arbeiterin, weil auch in Angestelltenberufen viele Frauen wenig qualifizierte Tätigkeiten ausüben.

Die Annäherung der Frauenverdienste an die der Männer wurde dadurch erreicht, daß die Segmentierung der Arbeitsplätze in hochbezahlte Männerberufe und schlechtbezahlte Frauenberufe abgenommen hat. Dieser Rückgang der Diskriminierung der Frauen in Form der Segmentierung der Arbeitsplätze wurde durch die zunehmende Ausbildung der Frauen, das steigende Interesse an ständiger Arbeit (Altersstruktureffekt) und die Knappheit an Arbeitskräften begünstigt. Der Frauenanteil an den Beschäftigten ist zwischen 1960 und 1977 in den Branchen an der Spitze der Lohnhierarchie um rund 5 Prozentpunkte gestiegen, in den Branchen am unteren Ende der Bran-

chenhierarchie in ähnlichem Ausmaß gesunken. Die Besserstellung der Frauen erklärt sich nur aus der Umschichtung der Frauen von schlechter zu besser entlohnten Arbeitsplätzen. In den einzelnen Branchen und sozialen Gruppen (Arbeiter, Angestellte) hingegen stiegen die Verdienste der Frauen meist schwächer als die der Männer. So wurden etwa die Löhne der Männer 1964 bis 1973 (Lohnsteuerstatistik) in Industrie und Gewerbe sowie im Fremdenverkehr um einen halben Prozentpunkt pro Jahr rascher angehoben als die der Frauen (was nicht allein durch zunehmende Teilzeitbeschäftigung erklärt werden kann).

Die wohl wichtigste Verbesserung für Frauen kommt in den Beschäftigteneinkommen nicht zum Ausdruck: Die Hochkonjunktur und die damit verbundene Knappheit an Arbeitskräften ermöglichte eine starke Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen, wobei die Frauen oft auch ihren Wunsch, die Arbeitszeit zu verringern, durchsetzen konnten. Da die Frauen in den unteren Schichten viel stärker auf dem Arbeitsmarkt vertreten sind<sup>16)</sup>, hat die steigende Frauenarbeit — abgesehen von emanzipatorischen Bestrebungen — sicherlich auch zu einer Nivellierung der Haushaltseinkommen geführt. (Dafür gibt es allerdings keine statistischen Daten.)

Trotz der beschriebenen Annäherungstendenz bestehen noch immer beträchtliche Unterschiede im Lohnniveau. Eine Frau verdient in Österreich um gut ein Drittel weniger als ein Mann. Nach der letzten Lohnsteuerstatistik (1973) lag das Durchschnittseinkommen einer ganzjährig beschäftigten Frau um 37% unter dem eines Mannes. Wenn man die Frauen als Basis nimmt, wirkt der Unterschied noch krasser: Die Männer verdienen um 59% mehr als die Frauen. Schreibt man die Verdienste mit Hilfe der Mediansteigerungen fort, dann hat sich an dieser Differenz bis heute kaum etwas geändert (Nach den Medianeinkommen ist der Abstand — wie Abbildung 2 zeigt — etwas geringer). Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen hat mehrere Ursachen: Die Ausbildung der Frauen ist im allgemeinen viel geringer. Nach der Volkszählung 1971 hatten 59% der beschäftigten Frauen nur eine Pflichtschule absolviert (gegenüber 41% der Männer). Weiters ist die durchschnittliche Arbeitszeit der Frauen um 9% geringer als die der Männer (Mikrozensus 1976); Frauen machen viel weniger Überstunden und sind zu etwa einem Sechstel in Teilzeitbeschäftigungen tätig. Die hauptsächliche Form der Diskriminierung besteht in der Einstufung bzw. Segmentierung der Arbeitsplätze: Gutbezahlte Männerberufe werden von schlechtbezahlten Frauenberufen abgesondert. Die Segmentierung hat

zwar in den letzten Jahrzehnten abgenommen, doch besteht noch immer eine ungleiche Verteilung der Männer und Frauen auf die Berufe und Branchen. Am unteren Ende der Branchen-Lohnhierarchie ist der Frauenanteil etwa doppelt so hoch wie im Durchschnitt (siehe Übersicht 8, S. 20). Die Segmentierung der Arbeitsplätze ist weitgehend durch Tradition begründet. Ökonomisch kann man sie damit erklären, daß sich die hohen betrieblichen Ausbildungskosten in günstigen Berufen für Frauen nicht lohnten (Mutter-schaft).

Im Gegensatz zur Verteilung auf die Branchen ist die Verteilung auf Arbeiter und Angestellte für Frauen günstiger. Der Frauenanteil unter den Angestellten ist besonders hoch, der Lohnunterschied innerhalb dieser beiden Kategorien aber noch größer: Eine Arbeiterin verdient ebenso wie eine Privatangestellte um 44% weniger als ein Mann in dieser Stellung. Am ehesten besteht die Chancengleichheit von Mann und Frau im öffentlichen Dienst (zumindest nach der Aufnahme). Eine Beamtin (einschließlich Lehrerin) verdient im Durchschnitt um rund 6% weniger als ein Beamter und um 45% mehr als eine Privatangestellte (vor allem dank höherer Ausbildung). Ein Beamter verdient dagegen durchschnittlich um 14% weniger als ein Privatangestellter.

### Arbeiter und Angestellte

Von allen Seiten betrachtet sind die Unterschiede zwischen Arbeiterlöhnen und Angestelltegehältern in den letzten zwei Jahrzehnten geringer geworden. Die Medianeinkommen aus der Lohnstufenstatistik stiegen zwischen 1960 und 1977 für Arbeiter geringfügig stärker (+0,1 Prozentpunkte pro Jahr) als für Angestellte. Auch hier wurde wieder eine deutliche Nivellierung in den sechziger Jahren durch eine Gegenbewegung in den siebziger Jahren kompensiert. Die Arbeiter verbesserten ihre relative Position Anfang der sechziger Jahre und 1973/74, die Angestellten vor allem in der Rezession 1967/68 und 1975 bis 1977.

Wenn man nur die Medianeinkommen aus der Lohnsteuerstatistik betrachtet, unterschätzt man jedoch das Ausmaß der Nivellierung. Denn erstens sind darin die Sonderzahlungen nicht erfaßt, die den Arbeitern besonders zugute kamen, und zweitens ist der Median (ebenso wie der Viertelwertabstand) für Arbeiter und Angestellte dadurch beeinflußt, daß einerseits zusätzliche Lehrlinge (und Gastarbeiter) in untere Arbeiterkategorien eingegliedert wurden und andererseits hochdotierte Arbeiter (rund 3% der Arbeiter) ins Angestelltenverhältnis übernommen wurden.

Nach der Lohnsteuerstatistik, die als Jahresstatistik auch die Sonderzahlungen einschließt und die Lehr-

<sup>16)</sup> In den oberen Einkommenschichten nahmen bis zu drei Viertel der Männer 1973 den Alleinverdienerfreibetrag in Anspruch, in den unteren Schichten weniger als ein Drittel.

Übersicht 2

Verdienste nach sozialen Gruppen

Beschäftigte <sup>1)</sup>	Jahreseinkommen je Beschäftigten				
	1964/67	1967/70	1970/73	1964/73	1973
	Steigerung in %				in S
Insgesamt	31.1	25.5	40.7	131.5	96.549
Männer	30.6	26.2	42.3	134.6	111.416
Frauen	32.0	25.4	40.8	133.0	69.925
Arbeiter	28.8	22.5	42.0	124.1	81.169
Männer	28.0	23.7	43.3	126.8	94.941
Frauen	29.1	22.7	38.7	119.8	53.251
Angestellte	23.9	25.3	38.2	114.6	113.999
Männer	25.2	25.6	41.1	121.4	144.191
Frauen	22.2	25.3	37.7	110.8	80.358
Beamte	34.3	31.9	39.3	146.7	122.260
Männer	32.0	31.6	40.4	143.9	123.614
Frauen	51.0	33.6	34.7	171.7	116.457
Angestellte und Beamte	27.1	27.5	38.2	124.1	116.461
Männer	27.4	27.9	41.6	130.7	136.055
Frauen	27.0	26.9	37.0	120.9	85.598
Lehrlinge	54.0	8.4	59.8	167.0	21.482
Insgesamt ohne Lehrlinge	29.3	26.4	41.1	130.7	99.955

Q: Lohnsteuerstatistik Österreichisches Statistisches Zentralamt — <sup>1)</sup> Ganzjährige Bezüge

Übersicht 3

Entwicklung des häufigsten Verdienstes<sup>1)</sup>

	1960	1977	1967	1977
	S <sup>2)</sup>		1960 = 100	
Arbeiter männlich	1.800	8.100	175.0	450.0
Arbeiter weiblich	1.200	6.000	187.5	500.0
Angestellte männlich	2.550	9.900	158.8	388.2
Angestellte weiblich	1.350	6.900	188.9	511.1

Q: Eigene Berechnungen auf Grund der Lohnstufenstatistik der Sozialversicherung — <sup>1)</sup> Der häufigste Wert (Modalwert) gibt die am häufigsten besetzte Lohnstufe an. Dieser Wert kann nur für längere Perioden sinnvoll verwendet werden, denn kurzfristige Veränderungen werden häufig durch die Konzentration auf runde Tausenderzahlen verzerrt — <sup>2)</sup> Brutto-Monatsverdienste Ende Juli bzw. Anfang August des jeweiligen Jahres

ihre durchschnittliche Qualifikation stark verbesserte. (Der häufigste Wert ist allerdings für weibliche Angestellte kaum höher als für Arbeiterinnen)

Am deutlichsten tritt die Tendenz zur Nivellierung von Arbeiter- und Angestelltenverdiensten innerhalb des sekundären Sektors zutage. In der Industrie stiegen die Arbeiterlöhne seit den frühen sechziger Jahren weit stärker als die Angestelltegehälter. Die deutliche Zunahme der Differenzierung zwischen 1953 und 1957 war schon Mitte der sechziger Jahre wieder wettgemacht, und seither rückten die Verdienste der Industriearbeiter immer näher an jene der Industrieangestellten heran. Diese Annäherung wurde zwar durch den Gastarbeiterzustrom gebremst, setzte sich aber 1974 und 1975 wieder deutlich fort. Während die Differenzierung der Einkommensschichtung in den fünfziger Jahren von einer Differenzierung der Lohn-Gehalts-Relation begleitet war, differenzierten sich die Arbeitseinkommen in den siebziger Jahren bei gleichzeitiger Nivellierung der Lohnstruktur nach sozialen Gruppen

Im Jahre 1977 verdiente ein Industrieangestellter brutto (einschließlich anteiliger Sonderzahlung) 16.420 S, das ist um 58,6% mehr als ein Industriearbeiter (10.355 S), im Jahre 1960 hatte der Abstand noch 75,1% betragen. Zu dieser Verbesserung trug die Angleichung der Sonderzahlung der Arbeiter an jene der Angestellten wesentlich bei. Der Anteil der Sonderzahlungen am Direktlohn stieg für Arbeiter von 16,7% im Jahre 1960 auf 22,8% im Jahre 1975, für Angestellte erhöhte er sich in diesem Zeitraum nur wenig (von 22,1% auf 23,3%). Seit 1965 ging die überdurchschnittliche Ausweitung der Arbeiterlöhne zur Hälfte auf die Sonderzahlungen zurück. Einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung auf soziale Gleichstellung erreichten die Arbeiter im Jahre 1975 mit der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. In der Halbjahresstatistik der Bundeskammer, die Sonderzahlungen, Nachtschichtzulagen und Entgeltfortzahlungen ausklammert, kommt die Nivellierungstendenz kaum zum Ausdruck. Danach erhöhten sich die Monats-

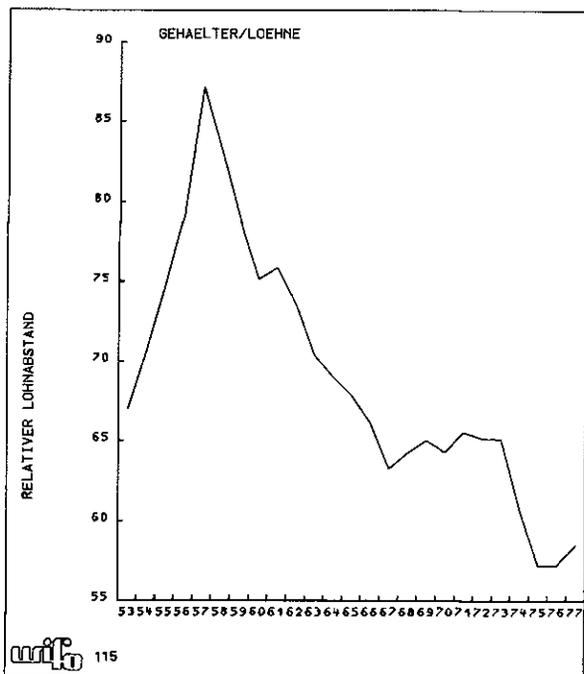
linge gesondert ausweist, ist die Nivellierung schon deutlicher. Die Durchschnittsverdienste der Arbeiter stiegen zwischen 1964 und 1973 um 9,4%, jene der Angestellten (ohne Beamte) nur um 8,9% pro Jahr. Immer in den Hochkonjunkturperioden (1964 bis 1967 und 1970 bis 1973)<sup>17)</sup>, wenn die Arbeitskräfte in Industrie und Bauwirtschaft besonders knapp waren, konnten die Arbeiter ihre relative Position gegenüber den Privatangestellten verbessern (zum Teil durch vermehrte Überstundenleistung), in der Rezession (1967 bis 1970) zogen dann die Angestellten wieder etwas nach. Zählt man die Beamten zu den Angestellten dazu, dann geht der Vorsprung der Arbeiter wieder verloren. Denn die Beamten konnten in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre stark aufholen. Sie vollzogen damit jene Gehaltsanpassung, welche die Privatangestellten schon in den fünfziger Jahren — zur „Normalisierung“ der niedrigen Nachkriegsdifferenziale — erreicht hatten.

Besonders deutlich tritt der Aufholprozeß der Arbeiter hervor, wenn man die Entwicklung an den Rändern der Verteilung (Lehrlinge, Gastarbeiter, Übernahme ins Angestelltenverhältnis) ausschaltet. Der häufigste Wert, der diese Extreme vernachlässigt, zeigt zwischen 1960 und 1977 eine deutliche Nivellierung: Er stieg bei männlichen Arbeitern um 1 Prozentpunkt pro Jahr rascher als bei männlichen Angestellten. Die „typische“ Arbeiterin konnte allerdings mit der „typischen“ Angestellten nicht ganz mithalten, weil diese

<sup>17)</sup> Die Löhne und Gehälter reagieren mit rund einem Jahr Verzögerung auf die Konjunktur

Abbildung 3

**Brutto-Monatsverdienste der Industrieangestellten und Industriearbeiter**



Löhne der Arbeiter zwischen 1963 und 1978 um 286%, die Angestelltengehälter um 280%.

Die Bauwirtschaft bietet ein ähnliches Bild. Auch hier wurden die Arbeiterlöhne stärker angehoben. Zwischen 1969 (Beginn der Baustatistik) und 1977 stiegen die Löhne der Bauarbeiter um 12,4% p. a., die der Bauangestellten um 11,7% p. a. Der Lohnabstand der Angestellten verringerte sich von 61,2% auf 53,1%.

Die Verbesserung der Position der Arbeiter wird aber durch die verfügbaren Statistiken noch unterschätzt. Denn die größte relative Einkommensverbesserung erreichten die Arbeiter dadurch, daß sie viel seltener von Arbeitslosigkeit betroffen wurden als in früheren Jahrzehnten. Die Angestellten waren in der Nachkriegszeit schon immer nicht so stark von Arbeitslosigkeit bedroht. Diese Besserstellung kommt in den Lohnstatistiken, die nicht auf Haushalte, sondern auf Beschäftigte abgestellt sind, nicht zum Ausdruck — ebensowenig wie die steigende Frauenarbeit, die mit hoher Wahrscheinlichkeit die Haushaltseinkommen der Arbeiterfamilien näher an jene der Angestellten heranbrachte. Eine Annäherung der Einkommen von Arbeitern und Angestelltenhaushalten gab es auch in der Bundesrepublik Deutschland. Das Haushaltseinkommen der Arbeiter ist dort zwischen 1960 und 1974 um 7,3% jährlich, jenes der Angestellten um 6,9% jährlich gewachsen<sup>18)</sup>.

<sup>18)</sup> C. Schäfer: Probleme der Einkommensverteilung, WSI-Mitteilungen 10/1975, S. 507

Die beobachtete Nivellierung von Arbeiter- und Angestelltenverdiensten deckt sich mit den theoretischen Erwartungen, die an die relative Knappheit der einzelnen Berufsgruppen anknüpft. Wenn es auf dem Arbeitsmarkt schwieriger ist, Arbeiter zu bekommen als Angestellte, dann ist eine Verringerung der relativen Lohnunterschiede zu erwarten. Aus den Unternehmerbefragungen im Rahmen der Arbeitsmarktvorschau des Bundesministeriums für soziale Verwaltung ging deutlich hervor, daß besonders Facharbeiter, aber auch Hilfsarbeiter knapp waren, Angestellte dagegen reichlich zur Verfügung standen.

Trotz der Nivellierung seit den frühen sechziger Jahren verdiente ein männlicher Privatangestellter 1973 noch immer um 52% mehr als ein männlicher Arbeiter.

**Qualifikation**

Die Entwicklung der Lohnunterschiede von Fach- und Hilfsarbeitern wird durch die Ausländerbeschäftigung geprägt. Bis zum Ende der sechziger Jahre verringerte sich der relative Lohnabstand, in der ersten Hälfte der siebziger Jahre nahm er zu, und in den letzten Jahren ging er wieder leicht zurück.

Der prozentuelle Überschuß des Facharbeiterlohnes über den Lohn eines Arbeiters, der leichte Hilfsarbeiten ausführt, sank von 59,3% (1963) auf 54,5% (1969). Bis 1975 vergrößerte sich der Abstand dann wieder nahezu auf die Spanne der frühen sechziger Jahre (58,8%), im Laufe der letzten drei Jahre ging er um zwei Punkte zurück.

Wichtigster Erklärungsgrund für diese Entwicklung ist wieder die relative Knappheit an Arbeitskräften. Als die Vollbeschäftigung erreicht, d. h. die Reserven an Arbeitslosen und Landarbeitern aufgebraucht wurden, waren die Unqualifizierten in den sechziger Jahren knapp und erreichten daher höhere Lohnzuwächse, solange die Gewerkschaften den Gastarbeiterzustrom stoppten und das inländische Angebot in die höheren Qualifikationen drängte. Mit der Liberalisierung der Gastarbeiterbeschäftigung kehrte sich die Tendenz um. Die Unterschiede zwischen Facharbeiter- und Hilfsarbeiterlöhnen vergrößerten sich wieder. Die Ausländerbeschäftigung wirkte also auf zweierlei

Übersicht 4

**Entwicklung der Fach- und Hilfsarbeiterlöhne**

	1969 gegen 1963	1975 gegen 1969	1978 gegen 1975
	Steigerung in %		
Facharbeiter <sup>1)</sup>	50,8	121,1	24,0
Hilfsarbeiter <sup>2)</sup>	54,2	114,5	24,1

Q: Halbjahresstatistik der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Aprilwerte)  
 — <sup>1)</sup> Facharbeiter + besonders qualifizierte Arbeiter + qualifizierte angelernte Arbeiter — <sup>2)</sup> Sonstige angelernte Arbeiter + Hilfsarbeiter schwer + Hilfsarbeiter leicht

Übersicht 5

Brutto-Verdienstspannen nach Qualifikationen<sup>1)</sup>

	Stundenlöhne der Arbeiter		Monatsgehälter der Angestellten	
	Facharbeiter/ Hilfsarbeiter leicht	Hochqualifizierte Anlernarbeiter/ einfache Anlernarbeiter	Verwendungsgruppe	
			VI/I	V/II
			Überschuß in %	
1963	59,3	25,8	436,9	174,3
1964	56,9	26,4	441,3	173,6
1965	55,7	26,7	448,3	170,6
1966	54,9	25,0	422,1	168,9
1967	56,8	24,9	410,3	166,7
1968	56,7	25,9	400,7	164,1
1969	54,5	24,4	406,9	164,2
1970	56,6	25,3	393,5	161,0
1971	57,7	24,2	386,0	159,6
1972	56,2	23,6	385,6	157,7
1973	57,5	24,7	380,7	156,5
1974	58,4	28,5	367,4	155,1
1975	58,8	29,6	369,4	157,3
1976	57,4	28,6	372,3	159,0
1977	47,5	28,9	392,2	160,9
1978	56,8	28,3	398,3	162,3

Q: Halbjahresstatistik der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Aprilwerte)  
 — <sup>1)</sup> Überschuß eines Facharbeiterlohnes über einen Hilfsarbeiterlohn in Prozent,  
 bzw. Überschuß der Angestelltengehälter in den oberen Verwendungsgruppen  
 über die in unteren Verwendungsgruppen in Prozent

Weise: Erstens führte sie — wie bereits dargelegt wurde — zu einer größeren Ungleichheit in der Schichtung der Arbeitseinkommen. Zweitens drückte sie den relativen Lohn der Hilfsarbeiter. Der Gastarbeiterzustrom erhöhte das Angebot an Unqualifizierten so stark, daß die Nivellierungstendenzen innerhalb der Arbeiterqualifikationen nicht nur gebremst, sondern rückgängig gemacht wurden. Die Gastarbeiterbeschäftigung wirkte sich nachteilig auf jene inländischen Arbeiter aus, die in unqualifizierten Tätigkeiten blieben. Relative Vorteile zogen daraus die Facharbeiter, die besonders knapp wurden, da die Gastarbeiter eine besonders starke Ausweitung der Produktion ermöglichten. Weiters wurden jene Inländer begünstigt, die in höhere Positionen aufsteigen konnten. Die

Gastarbeiter dürften auch dadurch differenzierend gewirkt haben, daß sie den Wandel der Beschäftigungsstruktur etwas gebremst haben.

Jene Betriebe, die sonst keine Arbeitskräfte mehr gefunden hätten, blieben lebensfähig bzw. konnten ihren Beschäftigtenstand halten. Darauf deutet der abnehmende Struktureffekt hin: Wenn man die Beschäftigungsstruktur des jeweiligen Anfangsjahres konstant hält, dann liegen die Verdienststeigerungen in der Periode 1964 bis 1967 um 1 Prozentpunkt und in der Periode 1967 bis 1970 um 0,7 Prozentpunkte über diesem hypothetischen Wert, d. h., es gab einen positiven Struktureffekt, gemessen an der durchschnittlichen Lohnhöhe. In der Zeit des raschen Gastarbeiterzustroms (1970 bis 1973) gab es praktisch keinen positiven Branchenstruktureffekt mehr (nur +0,1%).

Die Verschiebung der Knappheits- und Lohnrelationen innerhalb der Arbeiterschaft ging aber nicht so weit, daß die Hilfsarbeiterlöhne gegenüber dem Durchschnittsverdienst zurückblieben. Trotz des starken Zustroms an unqualifizierten Gastarbeitern sind die Hilfsarbeiterlöhne in den siebziger Jahren noch etwas rascher gestiegen als die Pro-Kopf-Einkommen in der Gesamtwirtschaft, da das heimische Angebot in die qualifizierteren Angestelltenberufe drängte und dort kaum Mangelsituationen entstehen ließ<sup>19)</sup>.

In den letzten Jahren ging der relative Lohnabstand der Facharbeiter zurück. Das kann so interpretiert werden, daß die restriktive Gastarbeiterpolitik die Knappheitsposition der Hilfsarbeiter wieder relativ verbessert hat.

Bei den Angestellten war die Entwicklung in den siebziger Jahren gerade umgekehrt:

Die Entwicklung der Industriegehälter nach Verwendungsgruppen zeigte eine durchgehende Nivellierung

<sup>19)</sup> Multipliziert man die Stundenlöhne der Hilfsarbeiter mit der bezahlten Arbeitszeit pro Arbeiter (im Jahresschnitt), dann stiegen die Monatsverdienste für Hilfsarbeiter nach der Halbjahresstatistik (d. h. ohne Sonderzahlung) um 117% die Durchschnittsverdienste der Beschäftigten um 113%.

Übersicht 6

Gehälter der Industrieangestellten nach Verwendungsgruppen

Industrieangestellte	Überzahlungen		Kollektivvertragliche Gehälter		Effektivgehälter		Lohn drift	
	August 1977 <sup>1)</sup>	Jänner 1978 <sup>2)</sup>	Jänner 1974/ <sup>1)</sup> August 1977	Jänner 1974/ <sup>2)</sup> Jänner 1978	Jänner 1974/ <sup>1)</sup> August 1977	Jänner 1974/ <sup>2)</sup> August 1978	Jänner 1974/ <sup>1)</sup> August 1977	Jänner 1974/ <sup>2)</sup> Jänner 1978
	in %		in %		in %			
Verwendungsgruppe I <sup>4)</sup>	24,8	14,9 <sup>3)</sup>	45,2	45,0	42,7	34,8 <sup>3)</sup>	-2,5	-10,2 <sup>3)</sup>
Verwendungsgruppe II	24,7	23,7	41,6	43,3	39,6	38,7	-2,0	-4,6
Verwendungsgruppe III	24,1	25,4	40,5	42,4	39,9	41,1	-0,6	-1,3
Verwendungsgruppe IV	26,4	29,0	40,4	42,4	40,8	43,6	+0,4	+1,2
Verwendungsgruppe V	30,2	33,2	39,3	41,8	40,8	42,5	+1,5	+0,7
Verwendungsgruppe VI <sup>4)</sup>	29,8	31,5	39,3	42,7	43,0	43,7	+3,7	+1,0

Q: Gewerkschaft der Privatangestellten Sektion Industrie und Gewerbe und Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Sektion Industrie — <sup>1)</sup> Statistik der Gewerkschaft der Privatangestellten — <sup>2)</sup> Industriestatistik der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft — <sup>3)</sup> Höheres Gewicht der Beschäftigten im ersten Verwendungsjahr. Für die Angestellten bestimmter Verwendungsjahre sind die Überzahlungen in Verwendungsgruppe I ebenso hoch wie in Verwendungsgruppe II — <sup>4)</sup> Gruppe I ist die niedrigste Gruppe VI die höchste Verwendungsgruppe

bis 1974/75. Da die Angestellten vom Gastarbeiterzu-  
strom unberührt blieben, gab es am Ende der sechzi-  
ger Jahre keine Tendenzwende. Die Unterschiede  
zwischen oberen und unteren Verwendungsgruppen  
haben zwischen 1963 und 1974 laufend abgenommen.  
Erst seit der Rezession und dem starken Ansteigen  
des inländischen Angebots hat sich der Abstand der  
oberen Verwendungsgruppen wieder erhöht.

Das Ausmaß der Verschiebung war beträchtlich: 1965  
betragen die Gehälter in der obersten Verwendungs-  
gruppe das 5½fache der untersten, 1974/75 nur noch  
das 4¾fache, 1978 wieder fast das 5fache. Die deut-  
liche langfristige Tendenz zur Nivellierung bleibt auch  
erhalten, wenn man die extremen Verwendungsgrup-  
pen vernachlässigt (siehe Übersicht 5, S. 17).

Für die Unqualifizierten gilt im übrigen das gleiche,  
das schon für Frauen und Arbeiter gesagt wurde: Sie  
sind in der Rezession besonders stark von Arbeitslo-  
sigkeit betroffen. Die Statistik der Einkommen der Un-  
selbständigen unterschätzt daher ihre tatsächliche  
Einkommensverschlechterung in der Krise bzw. ihre  
Verbesserung in der Hochkonjunktur.

Über die Effektivverdienste nach Bildungsstufen ste-  
hen für Österreich leider keine Daten zur Verfügung.  
Allgemeine theoretische Überlegungen lassen eine  
Nivellierung der bildungsbedingten Einkommens-  
unterschiede — eine sinkende Knappheitsrente der  
Bildung — mit starker Zunahme des Schulbesuchs  
erwarten. Langfristig ist diese Verringerung der bil-  
dungsbedingten Lohnunterschiede auf internationaler  
Ebene empirisch gut belegt<sup>20)</sup>.

Auch für Österreich gibt es Anhaltspunkte, die auf  
eine solche Nivellierung hinweisen. Einer wurde  
schon genannt: Die Gehälter der Industrieangestell-  
ten stiegen in den oberen Verwendungsgruppen, die  
vorwiegend mit Absolventen weiterführender Schulen  
besetzt sind, schwächer als in den unteren. Einen  
weiteren Hinweis geben die Beamtengehälter. Im öf-  
fentlichen Dienst, der einen großen Teil der Akademi-  
ker und Maturanten beschäftigt, blieben die Sche-  
mengehälter der A- und B-Bediensteten relativ zu-  
rück. Sie wurden zwar nicht bildungsspezifisch nivelliert,  
doch führte die stärkere Anhebung der unteren  
Verwendungsgruppen zwangsläufig in diese Rich-  
tung.

Wir können auch die Lohnunterschiede nach dem  
Dienstalter zum Teil als Unterschiede in der betriebs-  
spezifischen Qualifikation und zum Teil auf Tradition  
beruhend verstehen. Diese Unterschiede nach dem  
Alter weisen ebenfalls in Richtung Nivellierung: So-  
wohl im öffentlichen Dienst wie in der Industrie wur-  
den die Anfangsgehälter deutlich stärker angehoben.  
Nicht nur die Anfangsgehälter, sondern auch die

Löhne der jungen Arbeiter (Lehrlingsentgelte) wurden  
verbessert. Das Nachziehen der Lehrlingsentschädi-  
gungen in Zeiten der Hochkonjunktur läßt sich mit  
Hilfe der Lohnsteuerstatistik nachweisen. Sie stiegen  
zwischen 1964 und 1973 auf das 2¾fache, die Durch-  
schnittsverdienste nur auf das 2½fache.

Während die jungen Arbeitskräfte ihre Position ver-  
bessern konnten, gelang dies den Pensionisten nicht.  
Die Durchschnittspensionen stiegen seit 1960 annä-  
hernd gleich rasch wie die Durchschnittsverdienste,  
aber nur dank zunehmender Anrechnungszeiten. Die  
Erhöhung des Richtsatzes war niedriger als die der  
Tariflöhne der Beschäftigten<sup>21)</sup>. Die verzögerte An-  
passung der Pensionen an die Lohnsteigerungen ließ  
die Pensionen bei zunehmender Inflation zurückblei-  
ben, was jetzt bei abnehmender Inflation wieder auf-  
geholt wird.

Die Tendenz zur Nivellierung der Einkommen nach  
Qualifikationsstufen läßt sich mit der klassischen Eng-  
paßtheorie leicht erklären: Erstens sinkt die Knapp-  
heitsrente der Bildung mit zunehmender Ausbildung.  
Zweitens müssen die „Mühedifferentiale“ für unange-  
nehme, schwere Arbeit erhöht werden, da diese Tä-  
tigkeiten bei Vollbeschäftigung und höherem Einkom-  
men gemieden werden.

## Sektoren und Branchen

Die übliche globale Betrachtung der Lohn- und Ge-  
haltsentwicklung verdeckt unterschiedliche Entwick-  
lungen in den einzelnen Sektoren und Branchen. Wie  
eingangs erwähnt, stellt aber gerade die Inflations-  
theorie die Lohnführerschaft und die Versuche zur Er-  
haltung der bestehenden Lohnhierarchie stark in den  
Vordergrund.

Bisher stand nur die Entwicklung der Tariflöhne als  
Datenbasis zur Verfügung. Da aber die Lohndrift in  
den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich sein  
kann, ist diese Information unzureichend. Hier wird  
nun versucht, die Entwicklung der Effektivverdienste  
nach Wirtschaftsbereichen zu berechnen.

Für diesen Zweck wurde die Lohnsteuerstatistik und  
die laufende Industrie-, Gewerbe- und Baustatistik  
herangezogen. Für die Berechnung der Verdienste im  
öffentlichen Dienst wurde eine zur öffentlichen Lohn-  
und Gehaltssumme passende Beschäftigungsreihe  
ermittelt, die auf den veranschlagten Ständen im Bund  
und der effektiven Beschäftigung bei Ländern und  
Gemeinden aufbaut. (Die resultierende Verdienstreihe  
stimmt sehr gut mit der Entwicklung der Verdienste  
im öffentlichen Dienst laut Lohnstufenstatistik über-

<sup>20)</sup> Siehe z. B. *H. Ph. Brown* a. a. O.

<sup>21)</sup> Siehe *G. Busch*: Längerfristige Entwicklungstendenzen  
der österreichischen Pensionsversicherung Monatsberichte  
10/1978.

Entwicklung der Verdienste nach Sektoren<sup>1)</sup>

	Effektiv- verdienste	1966/71		Effektiv- verdienste	1971/77		1966/77		Brutto-Lohn- drift <sup>2)</sup>
		Tariflöhne	Brutto-Lohn- drift <sup>2)</sup>		Tariflöhne	Brutto-Lohn- drift <sup>2)</sup>	Effektiv- verdienste	Tariflöhne	
					Steigerung in %				
Industrie	53,4	41,2	12,2	97,5	86,0	11,5	203,0	162,6	40,4
Gewerbe	54,6	42,4	12,2	98,3	88,5	9,8	206,6	168,5	38,1
Bauhauptgewerbe	50,1	43,2	6,9	109,8	93,1	16,7	214,9	176,5	38,4
Öffentlicher Dienst	57,0	48,2	8,8	93,4	78,5	14,9	203,6	164,5	39,1
Private Dienstleistungen	52,4	43,7	8,7	88,2	82,0	3,5	186,8	161,5	21,2
Insgesamt	54,3	43,5	10,8	93,9	84,5	9,0	199,2	164,7	33,9

<sup>1)</sup> Ohne Lehrlinge und Teilzeitbeschäftigte — Es wurde angenommen daß die Lehrlinge ein Fünftel und die Teilzeitbeschäftigten die Hälfte des Durchschnittsverdienstes erhalten und letztere auf die privaten Dienste konzentriert sind. Zusätzlich wurden 1977 5 000 Umschüler eliminiert — <sup>2)</sup> Differenz der Steigerungen von Effektiv- und Tarifverdiensten

ein)<sup>22)</sup> Die Verdienste im privaten Dienstleistungssektor ergeben sich als Differenz der Verdienste in den genannten Sektoren zu den Gesamtverdiensten.

Die zentralen Branchendaten stammen aus der Lohnsteuerstatistik 1964 bis 1973. Zwischen 1953 und 1964 wurde mit den Lohnsteigerungsdaten aus den Betriebszensen verkettet, weil die Lohnsteuerstatistik 1953 nur begrenzt vergleichbar ist. Für die Periode 1973 bis 1977 stehen auf Branchenebene nur die Mediansteigerungen aus der Wiener Lohnstufenstatistik zur Verfügung (die durch steigende Lehrlings- und Teilzeitbeschäftigung verzerrt sind).

Je mehr wir ins Detail gehen, um so stärker differenzieren sich die Lohnsteigerungsdaten. Während die Schichtung der Arbeitseinkommen — wo viele gegenläufige Effekte einander ausgleichen — den Eindruck einer sehr hohen Stabilität erwecken konnte, zeigen sich auf Branchenebene doch beträchtliche Änderungen.

Besonders ins Auge springen folgende Verschiebungen der relativen Löhne: Die Löhne in der Bauwirtschaft wurden in den letzten Jahrzehnten deutlich stärker als im Branchendurchschnitt angehoben. Diese Verbesserung der relativen Position der Bauarbeiter in Österreich ist kein Ausnahmefall. Sie war z. B. auch in den USA in der gesamten Nachkriegszeit zu beobachten und hängt ähnlich wie die Lohnaufbesserung der Bergleute damit zusammen, daß die „Mühdifferential“, die für mühselige Arbeit gezahlt werden müssen, bei Vollbeschäftigung zunehmen.

Die gleiche Begründung trifft auch für die Verbesserung der Einkommensposition der Industriearbeiter zu, die allerdings schwächer als jene der Bauarbeiter ausfiel. Trotz überdurchschnittlicher Tariflohnsteigerungen trat in den siebziger Jahren in Industrie, Ge-

werbe und Bauwirtschaft eine starke positive Lohn-drift auf, die mit der Knappheit an Arbeitskräften zusammenhängt. Die überdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen haben diese Verbesserungen erleichtert.

Innerhalb des industriell-gewerblichen Bereichs setzten vor allem die Metall- und Chemiarbeiter (starke Gewerkschaften) höhere Steigerungen durch, die Einkommen der Textil- und Bekleidungsarbeiter blieben zurück.

Die Durchschnittsverdienste im öffentlichen Dienst sind ebenfalls überdurchschnittlich gestiegen. Ein Grund dafür war die starke Anhebung der Schemengehälter in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre; einen zweiten Grund bildete die positive Lohn-drift, die vor allem durch Zulagen sowie Strukturverschiebungen zu höheren Qualifikationen bewirkt wurde (starke Zunahme des Lehrerbestandes, Rückgang der Eisenbahner).

Die Verdienste der privaten Dienstleistungen sind nach unseren Berechnungen deutlich zurückgeblieben. Im Handel stiegen sie trotz des starken Konzentrationsprozesses<sup>23)</sup> unterdurchschnittlich. Auch im Fremdenverkehr wuchsen die Löhne und Gehälter — trotz überdurchschnittlich kräftiger Steigerungen der Tariflöhne — langsamer. Der Hauptgrund für das Nachhinken dieser Löhne dürfte darin liegen, daß der Tertiärsektor auf ein reichliches Angebot an Frauen („stille Reserve“) und zuletzt auch an Schulabgängern zurückgreifen konnte. Im industriellen Sektor dagegen waren die Arbeitskräfte — zum Teil durch die Abwanderung in nichtmanuelle Berufe — besonders knapp. Überdies hat die starke Beschäftigungsausweitung im tertiären Sektor durch Schulabgänger die Durchschnittsverdienste von der Altersstruktur her gedrückt. In den Rezessionsjahren wirkten die Niedriglohnbereiche des tertiären Sektors als Schwamm, der die verfügbaren Arbeitskräfte aufzog.

<sup>22)</sup> Die Verwendung der Beschäftigungsreihen laut Sozialversicherung, die nahezu doppelt so rasch stiegen, führt zu unplausiblen Ergebnissen — gemessen an den Schemengehältern. Das hängt damit zusammen, daß hier auch „Randbereiche“ des öffentlichen Dienstes enthalten sind (Sozialversicherung Kammer usw.) die zur privaten Lohnsumme gehören.

<sup>23)</sup> Nach einer Erhebung im Jahre 1971 sind die Verdienste in Großbetrieben des Handels bis zu doppelt so hoch wie in Kleinbetrieben.

**Verdienste nach Branchen<sup>1)</sup>**

Rangfolge 1973	Brutto-Ver- dienste 1973 absolut S	Relativ, Durchschnitt = 100	Frauenanteil %	Ausbildungs- grad <sup>2)</sup>	Index		Mediansteige- rung in Wien 1973/77
					1973 1953 = 100	1973 1964 = 100	
1 Kunst, Unterhaltung Sport	136 900	137 0	36 4	65 0	500	229	58 8
2 Unterricht und Forschung	128 200	128 3	52 7	84 7	—	229	42 0
3 Energie	126 200	126 2	12 5	69 5	520	217	—
4 Bergbau, Steingewinnung	121 800	121 8	7 7	45 9	527	244	—
5 Banken Versicherungen	121 100	121 1	45 6	73 9	466	206	56 1
6 Chemie	111 200	111 3	34 5	49 3	488	225	61 6
7 Druckerei Graphik	110 800	110 9	36 9	60 8	509	232	60 0
8 Öffentlicher Dienst	107 600	107 6	32 1	63 6	—	233	—
9 Metall	107 300	107 4	21 4	54 6	543	237	57 9
10 Bauwesen	106 300	106 4	9 9	50 5	571	235	43 3
11 Steine und Glas	105 300	105 3	21 9	39 2	518	233	52 3
12 Papier	104 500	104 5	30 2	41 5	509	233	48 2
13 Rechts- und Wirtschaftsdienste	99 800	99 9	61 3	69 4	—	283	52 4
14 Elektro	99 700	99 7	38 1	53 3	494	232	66 9
15 Fahrzeuge	98 200	98 2	16 9	58 2	459	239	55 2
16 Nahrungsmittel	94 200	94 3	33 7	48 8	486	227	45 7
17 Gesundheitswesen	93 100	93 1	75 4	52 2	—	229	55 6
18 Verkehr	92 500	92 6	13 6	55 0	496	230	38 4
19 Handel	91 300	91 3	55 7	58 2	431	221	48 1
20 Holz	82 700	82 7	21 4	47 4	520	238	42 8
21 Land- und Forstwirtschaft	78 900	78 9	22 9	24 5	—	253	—
22 Textil	75 300	75 3	61 0	26 4	458	228	38 8
23 Haushaltung Hauswartung und Sonstige	74 200	74 2	77 7	26 6	—	250	46 4
24 Leder	69 500	69 6	61 4	35 8	411	208	—
25 Beherbergungs- und Gaststättenwesen	63 900	64 0	66 2	31 2	450	208	43 6
26 Bekleidung	63 700	63 7	80 3	39 5	457	227	47 7
27 Körperpflege und Reinigung	56 700	56 8	78 3	48 8	407	223	42 7
Insgesamt	99 955	100 0	35 8	52 2	501	231	49 1

<sup>1)</sup> Ganzjährig Beschäftigte ohne Lehrlinge — <sup>2)</sup> Anteil der Beschäftigten die mehr als eine Pflichtschule absolviert haben (Volkszählung 1971)

Der unterdurchschnittliche Einkommenszuwachs in einigen Hochlohnbranchen (Banken) hängt damit zusammen, daß diese Branchen zunehmend Nebenleistungen gewährten, die nicht in den Brutto-Verdiensten aufscheinen. Die Banken haben schon 1964 (Betriebszensus) 8 3% ihres Personalaufwandes für Betriebspensionen aufgewendet (gegenüber 0 8% im Branchendurchschnitt).

Die Verschiebungen der relativen Löhne zeigen ein deutliches Konjunkturmuster. Der sekundäre Sektor gewinnt in der Hochkonjunktur (zum Teil durch Überstunden) einen Lohnvorsprung, der geschützte tertiäre Sektor — der weniger vom Wachstumseinbruch betroffen ist — holt im allgemeinen in der Rezession auf.

Im skandinavischen Inflationsmodell gilt der exponierte Sektor als Lohnführer. Diese Hypothese ist mit der vorliegenden Analyse konsistent. Durch eine Hartwährungspolitik werden die Lohnsteigerungen im exponierten Sektor und in der Folge in der Gesamtwirtschaft gebremst. Das gilt für die Periode der Hochkonjunktur. In der Rezession dagegen ist der geschützte Sektor (öffentlicher Dienst, Banken usw.) Spitzenreiter der Lohnerhöhungen. Eine Dämpfung der Kostensteigerungen gelingt hier nur auf institutionellem Wege.

Es wäre naheliegend, relative Verbesserungen einzelner Branchen mit überdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen zu erklären. Denn die Gewerkschaften werden versuchen, die hohen Produktivitätssteigerungen auszunützen, und die Unternehmer werden ihnen relativ weniger Widerstand entgegensetzen als in Branchen mit geringem Produktivitätsfortschritt. Nach Sektoren betrachtet, dürften die überdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen im industriell-gewerblichen Sektor (und in der Landwirtschaft) die überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen erleichtert und der langsamere Produktivitätsfortschritt in den privaten Diensten die Löhne gebremst haben. Innerhalb der Industrie zeigte sich allerdings keinerlei Zusammenhang zwischen Lohn- und Produktivitätssteigerungen nach Branchen<sup>24)</sup>.

Eine weitere Frage ist, ob expandierende Branchen ihre Löhne überdurchschnittlich anheben mußten, um Arbeitskräfte anzulocken. Zur Überprüfung dieser Hypothese wurde eine Regression der Lohnsteigerungsraten auf die Veränderungsraten der Beschäftigung nach Branchen gerechnet (1964 bis 1973). Es zeigte sich kein signifikanter positiver Zusammenhang, wie aus der obigen These zu erwarten wäre. Im Gegenteil:

<sup>24)</sup> J. Steindl, Lohndrift und Tarifpolitik in den Industriebranchen 1966 bis 1976, Monatsberichte 10/1977

Der Korrelationskoeffizient war leicht negativ ( $r = -0,3$ ).

Auch nach Angestelltenqualifikationen gab es keinen Zusammenhang: Die Besetzung der oberen Verwendungsgruppen der Angestellten wurde stark erhöht, ihre Gehälter blieben dagegen relativ zurück. Ebenso weitete der tertiäre Sektor die Beschäftigung stark aus, die Verdienste blieben relativ zurück.

Das läßt sich so interpretieren: Die Allokation der Arbeitskräfte vollzieht sich weniger über relative Lohnverschiebungen als vielmehr über das relative Niveau der Löhne (genauer: der Nettovorteile). Weil absolute Unterschiede im Niveau der Nettovorteile bestehen, muß eine Beschäftigungsexpansion nicht Knappheit zu den gegebenen Lohnsätzen bedeuten. Die Arbeitskräfte strömen vor allem dorthin, wo das Lohnniveau hoch ist. In den Personalbüros der Hochlohnbetriebe bilden sich Warteschlangen, ohne daß es zu einer relativen Lohnverschlechterung kommt (zum Teil wegen des Einflusses der Gewerkschaften). Die Niedriglohnbetriebe dagegen suchen vergebens Arbeitskräfte. Die relativen Löhne reagieren auf diese Knappheitsrelationen wenig, wohl aber entwickelt sich die tatsächliche Beschäftigung dementsprechend.

### Einflüsse auf die Lohnbestimmung

Der Arbeitsmarkt ist ein typisch unvollkommener Markt. Einerseits ist die Mobilität der Arbeitskräfte durch viele Hemmnisse beschränkt<sup>25)</sup>, andererseits paßt sich der Lohn, der auch statusverteilende Funktion hat, nicht oder sehr langsam an Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt an.

Der Lohnbildungsprozeß ist das Resultat institutioneller und ökonomischer Faktoren. Gewerkschaften und Markteinflüsse bestimmen die Lohnentwicklung. In dieser Arbeit wurden die längerfristigen Verschiebungen der Lohnstruktur in erster Linie aus Adam Smiths klassischer Lohnstrukturtheorie erklärt, die als Engpaßtheorie erst bei Vollbeschäftigung — der Prämissen der Klassiker — ihre volle Bedeutung gewinnt. Die Quintessenz dieser Theorie ist, daß der Marktmechanismus eine Nivellierung der Nettovorteile der Arbeitsplätze (Einkommen, Arbeitsbedingungen, soziales Ansehen, Risiko der Arbeitslosigkeit) bewirkt, wenn man den Dingen freien Lauf läßt.

Bleibende Unterschiede zwischen den Berufen gibt es bei freier Beweglichkeit der Arbeitskräfte und Reaktion der relativen Löhne auf Arbeitsmarktänderungen im wesentlichen nur zur Kompensation von Ausbildungskosten und großer Arbeitsmühe. Die Bildungsdifferentiale, die auch wesentlich auf Tradition

<sup>25)</sup> Siehe dazu K. W. Rothschild: Lohntheorie Berlin Frankfurt 1963.

gründen, nehmen mit starker Zunahme des Schulbesuchs und Übernahme von Ausbildungskosten durch den Staat langfristig ab. Im Gegensatz dazu steigen die „Mühedifferentiale“ im Laufe des Wachstumsprozesses<sup>26)</sup>. Unangenehme, mühevoll Tätigkeiten müssen besser entlohnt werden, wenn bei Vollbeschäftigung auch günstigere Arbeitsplätze zu finden sind und wenn mit steigendem Einkommen und Vermögen das Arbeitsleid (bzw. die Arbeitsfreude) gegenüber dem Lohn an Bedeutung gewinnt.

Die Entlohnungsrichtlinien der Unternehmer gehen von technischen Arbeitsanforderungen aus. Diese rein technische Arbeitsbewertung muß bei Vollbeschäftigung durch die Knappheitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt korrigiert werden. Denn die Arbeitskräfte drängen bei reichlichem Stellenangebot von den mühevollen zu den leichteren, nichtmanuellen Berufen. Gebildete Arbeitskräfte werden immer weniger knapp, dagegen werden Arbeitskräfte, die bereit sind, mühevoll Arbeit zu tun, immer knapper.

Jener Punkt, an dem die Nettovorteile aller Arbeitsplätze ausgeglichen sind, ist aber noch lange nicht erreicht. Im Lichte der klassischen Theorie, die gleiche Einkommen (genauer: Nettovorteile) für ähnliche Tätigkeiten erwarten ließe, überrascht es, daß nach Ausschaltung der Qualifikations- und Regionsunterschiede noch immer beträchtliche Lohnunterschiede bleiben. Selbst im industriellen Bereich, der doch am stärksten von Wettbewerbseinflüssen durchsetzt ist, gibt es Differenzen, die sich nach der traditionellen ökonomischen Theorie nur schwer erklären lassen. Relativ homogene Gruppen, wie Hilfsarbeiter oder einfache Anlernkräfte, verdienen z. B. in Wien in der Chemie- und Metallbranche durchschnittlich um 20% bis 30% mehr als in der Textil-, Leder- oder Papierverarbeitung. Derart große Unterschiede lassen sich kaum auf unterschiedliche Arbeitsbedingungen, Inhomogenität oder Fluktuationsstrategien zurückführen, sondern hängen ähnlich wie die Unterschiede der Kapitalrenditen<sup>27)</sup> mit der oligopolistischen Struktur der Wirtschaft zusammen. Die Branchen mit hohen Produktivitätssteigerungen geben diese nicht in Form von sinkenden Preisen, sondern in Form von höheren Löhnen weiter.

Für den Lohnbildungsprozeß sind aber nicht nur wirtschaftsendogene Faktoren, sondern auch die Gewerkschaften entscheidend. Die Verhandlungsstärke der Gewerkschaften wird allerdings durch die Arbeitsmarktlage wesentlich beeinflusst. Soweit eine marktgerechte Tendenz zur Nivellierung besteht, entspricht diese sicherlich den gewerkschaftlichen Intentionen. Diese Tendenz zur Nivellierung gibt es aber nicht in al-

<sup>26)</sup> Siehe E. Streissler: Long Term Structural Changes in the Distribution of Income, Zeitschrift für Nationalökonomie, 29, 1969.  
<sup>27)</sup> K. Bayer: Die Struktur der Kapitalrenditen in der österreichischen Industrie. Monatsberichte 11/1977.

len Bereichen und mag den Gewerkschaften auch zu wenig ausgeprägt sein.

Wir wollen daher die Verschiebung der Lohnstruktur jetzt im Zusammenhang mit der Gewerkschaftspolitik betrachten. War die Gewerkschaftspolitik nivellierend in dem Sinn, daß sie untere Lohngruppen im allgemeinen stärker angehoben hat?

Oder war die Gewerkschaftspolitik solidarisch in dem Sinn, daß sie schwächere Gruppen nicht zurückbleiben ließ, oder aber war die Gewerkschaftspolitik so weit dezentralisiert, daß die einzelnen Branchen Abschlüsse je nach der Ertragslage durchsetzen, was häufig differenzierend wirkt?

Wir können das effektive Resultat der gewerkschaftlichen Strategie sehen, wenn wir die Steigerungsraten der Tariflöhne verschiedener Qualifikationsgruppen vergleichen und wenn wir die branchenmäßigen Kollektivvertragserhöhungen mit dem Ausgangsniveau korrelieren.

Nach Qualifikationen betrachtet, ergibt sich ein leicht nivellierender Effekt der Tariflohnpolitik. Die Mindestlöhne der Arbeiter (1966 bis 1977 + 168%) wurden etwas stärker als die der Angestellten (+ 161%) angehoben. Im tertiären Sektor und im Gewerbe stiegen die Tariflöhne für Hilfsarbeiter rascher als die für Facharbeiter, nur in der Industrie war die Entwicklung umgekehrt. Stärker nivellierend wirkten die Nebenleistungen: z. B. Angleichung der Sonderzahlungen der Arbeiter, Nachtschichtzulagen usw.

Am besten kann der Gewerkschaftseinfluß an Hand der Gehaltsentwicklung der Industrieangestellten verfolgt werden. Der Vergleich von Effektiv- und Tarifgehaltssteigerung zeigt, daß sich die Gewerkschaften der schwächsten Gruppen im Betrieb besonders annahmen, die Unternehmer dagegen ihre Spitzenkräfte durch Überzahlungen (Lohndrift) zu halten suchten (siehe Übersicht 6, S. 17).

Die Unterschiede in den Überzahlungen können als Ausgleich von gewerkschaftlichen Vorstellungen durch betriebliche Wünsche verstanden werden. In der Industrie sind die Überzahlungen für besonders qualifizierte Anlernkräfte, welche die größte Anlerninvestition erforderten, am höchsten (51,2%), etwa doppelt so hoch wie für Hilfsarbeiter (25,7%). Ebenso sind unter den Industrieangestellten die Überzahlungen in der obersten Verwendungsgruppe deutlich höher als in der untersten.

In Richtung auf Nivellierung wirkte auch die bereits erwähnte überdurchschnittliche Anhebung der Lehrlingsentschädigungen und der Anfangsgehälter. Der nivellierende Effekt wurde dadurch erreicht, daß die Gewerkschaften absolute bzw. Mindestenerhöhungen oder Schemenkorrekturen oder generell höhere Steigerungsraten für niedrige Qualifikationen und jüngere Arbeitskräfte forderten.

Nach Sektoren betrachtet, gingen die Tariflohnsteigerungen im wesentlichen konform mit den Erhöhungen der Effektivverdienste. Sie waren in der Bauwirtschaft am höchsten, in den privaten Diensten relativ am niedrigsten. Das mag damit zusammenhängen, daß die Gewerkschaften die Lohndrift in den Griff bekommen wollten.

Die Brutto-Lohndrift war nach Sektoren im letzten Jahrzehnt relativ gleichförmig, nur die privaten Dienste blieben deutlich zurück (siehe Übersicht 7, S. 19). Die Lohndrift hängt einerseits mit der Knappheit auf dem Arbeitsmarkt zusammen, andererseits aber auch damit, daß die Kollektivverträge den Betriebsräten auf Unternehmensebene noch Spielraum für eigene Aktivität bieten. Die Brutto-Lohndrift wird überdies stark durch Strukturverschiebungen — vor allem zu höheren Qualifikationen — bestimmt.

Ein besonders anschauliches Beispiel bietet hier die Lohndrift in der Industrie. Sie betrug 1966 bis 1977 für Arbeiter + 29,7% und für Angestellte + 29,9% infolge der Strukturverschiebung von Arbeitern zu Angestellten, jedoch für die Beschäftigten + 42,9%.

Im Branchenquerschnitt gibt es keinen deutlichen Zusammenhang zwischen Tariflohnsteigerungen und Ausgangsniveau. Die relativ niedrigen Löhne in Landwirtschaft und Fremdenverkehr wurden überdurchschnittlich angehoben, gleichzeitig wurden aber auch die relativ hohen Löhne in der Bauwirtschaft an die rascher steigenden Effektivverdienste angepaßt. Vergleicht man die Ist-Lohn-Vereinbarungen in der Industrie, ergibt sich eher ein differenzierender Effekt. Die Ist-Löhne wurden z. B. in der Chemie- und Metallbranche stärker als in der Textil- und Bekleidungsindustrie angehoben<sup>28)</sup>. Auch im Gewerbe folgten die Kollektivvertragsabschlüsse eher den Produktivitätssteigerungen und der Ertragslage. So wurden etwa die Tariflöhne für gelernte Schuhmacher und Schneider (1966 bis 1977) um 158% und 149% angehoben, für gelernte Bau- und Metallarbeiter dagegen um 212% und 206%.

Zusammenfassend können wir sagen, daß sich nach Qualifikationen ein leicht nivellierender Effekt der Gewerkschaftspolitik zeigte. Die Lohnpolitik ging damit konform mit den Tendenzen, die langfristig vom Markt ausgehen. Die Abschlüsse nach Branchen folgten eher der Ertragslage und ließen die schwächeren Branchen, in denen die Beschäftigung oft durch die schlechte Wettbewerbslage relativ unsicher war, etwas zurückfallen. Es wurde also — im Gegensatz zur schwedischen Strategie — eine Lohnstrukturpolitik verfolgt, welche die „Grenzbetriebe“ am Leben erhielt und damit auf die Beschäftigung in diesen Betrieben Rücksicht nahm.

*Ewald Walterskirchen*

<sup>28)</sup> J. Steindl, a. a. O.